

II-9977 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
MAG. VIKTOR KLIMA

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 711 62-9100
Teletex (232) 3221155
Telex 61 3221155
Telefax (0222) 713 78 76
DVR: 009 02 04

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.

Renoldner, Freunde und Freundinnen vom 25. 3. 1993,

Zl. 4518/J-NR/1993 "Alemagna-Autobahn durch Nordtirol"

4482/AB

1993-05-27

zu 4518/J

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu den Fragen 1 und 2:

"Welche Auswirkungen haben diese Pläne auf Ihre Verhandlungsführung über einen österreichischen EG-Beitritt?

Welche vertraglichen Vereinbarungen werden Sie vor einem EG-Beitritt mit den Verkehrsministern Italiens bzw. den Verwaltungen der Provinzen Belluno und Südtirol setzen?"

Die Zuständigkeit für Angelegenheiten des Straßenbaus (auch im Rahmen der Beitrittsverhandlungen) liegt beim Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten, der sich erst kürzlich eindeutig gegen die Verwirklichung des Vorhabens "Alemagna-Autobahn" ausgesprochen hat.

Zu Frage 3:

"Mit welchen verkehrspolitischen Maßnahmen werden Sie den Ausbau einer Zillertal-Schnellstraße bei den aktuellen Straßenbauvorhaben (z.B. Brettfalltunnel) sowie im übrigen Verlauf der Strecke verhindern bzw. das Ansaugen von Transitverkehr bremsen?"

Das Projekt einer Alemagna-Autobahn wird von der österreichischen Bundesregierung nicht befürwortet. Eine Realisierung würde auch dem Ziel des mit der EG abgeschlossenen Transitvertrages widersprechen, den Verkehrszuwachs auf der Schiene zu bewältigen.

Eine Zillertalschnellstraße ist im Bundesstraßengesetz nicht vorgesehen. Der Brettfalltunnel hat die Funktion einer Umfahrung zur Entlastung von Siedlungsgebieten.

- 2 -

Da von den verantwortlichen Stellen in Österreich eine vom Zillertal ausgehende Straßenverbindung abgelehnt wird, ist nicht davon auszugehen, daß dort der Straßentransitverkehr zu einem Problem anwachsen wird. Schon derzeit stellt jedoch die Zufahrt der Pkw in dieses Hauptzielgebiet des Tourismus ein Umweltproblem dar, das rasch entschärft werden soll.

Maßnahmen dazu sind:

- Weitere Verbesserungen des Angebots der Zillertalbahn.*
- Beschränkung der Pkw-Zufahrt von Tagesgästen durch Parkraumbewirtschaftung, Anreize zur Benützung öffentlicher Verkehrsmittel bei der Tarifgestaltung der Seilbahnen, eventuell auch bevorzugte Abfertigung von Gästen, die mit Bussen zu den Talstationen kommen.*
- Motivation von Beherbergungsbetrieben zum Anbieten von Arrangements von Wochenmitte zu Wochenmitte zur Entschärfung der Wochenendverkehrsspitzen,*
- Anbieten preiswerter Pauschalangebote mit Bahnreise*
- Ausbau des Radwegenetzes in der Region.*

Im österreichischen Bundesverkehrswegeplan, für den bereits eine Pilotstudie vorliegt, werden Ausbaumaßnahmen im Bundesstraßennetz anhand strenger Umweltkriterien überprüft werden. Dabei wird auch analysiert, in welchem Ausmaß die Realisierung von Verkehrsinfrastrukturprojekten die Verkehrsmittelwahl beeinflußt und ob unerwünschter zusätzlicher Verkehr angezogen wird. Eine umfassende Prüfung der Wirtschaftlichkeit soll der Realisierung überdimensionierter Neu- und Ausbauvorhaben entgegenwirken.

Wien, am 24. Mai 1993

Der Bundesminister

